

SPD hebt Abbiegegebote in unterer Hauptstraße auf

In der ersten Sitzungsrunde des Jahres 2017 beantragte die SPD-Fraktion im Ausschuss für Bauen, Planen und Verkehr erfolgreich die Aufhebung der Abbiegeverbote im Kreuzungsbereich untere Hauptstraße/Wetterstraße.

Der Abstimmung ging eine Ortsbesichtigung der Verkehrskommission voraus, bei welcher der Vorschlag der örtlichen Polizei, den unteren Bereich der Hauptstraße in eine unechte Einbahnstraße umzuwandeln (Durchfahrt für Busse zulässig) lediglich bei den Grünen Anklang fand. Von der überwiegenden Mehrheit der Verkehrskommission jedoch wurde er abgelehnt.

In der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Planen und Verkehr konnte die SPD dann eine plötzlich entstandene Mehrheit nutzen, beantragte die Aufhebung der Abbiegeverbote und stimmte gemeinsam mit dem Vertreter der Linken erfolgreich für die Aufhebung dieser unsinnigen verkehrsregelnden Maßnahmen. Auch der Einspruch gegen den Beschluss des Fachausschusses, der von CDU, FDP und Grünen eingelegt wurde, scheiterte letztlich an einer Ratsmehrheit von SPD und Linken.



Somit wird es schon bald wieder möglich sein, aus der unteren Hauptstraße kommend links in die Wetterstraße und aus der Wetterstraße kommend rechts in die untere Hauptstraße abzubiegen.

Die häufig erwähnte Bedrohung der Aufenthaltsqualität am Kampsträter Platz sieht die SPD-Fraktion dadurch nicht gefährdet. „Der Durchgangsverkehr wird weiterhin die Mühlenstraße von und nach Wetter bzw. Herdecke nutzen“ prognostiziert der Ausschussvorsitzende Jan Schaberick. „Durch die neue Regelung wird der Ziel- und Quellverkehr vereinfacht, zumal unnötige Umwege im Innenstadtbereich nach Aufhebung der Abbiegeverbote der Vergangenheit angehören werden.“

Der Ausschuss für Bauen, Planen und Verkehr vollzog außerdem eine Änderung bei den Durchfahrtsverbieten in der Bahnhofstraße und in der Walter-Freitag-Straße. Dadurch wird es fortan zumindest Anliegerinnen und Anliegern möglich sein, die beiden Straßen durchgehend zu nutzen, ohne auch hier unnötige und umweltbelastende Umwege in Kauf nehmen zu müssen.



„Nächster Halt: Herdecke Mitte!“

Nachdem der Kreistag des Ennepe-Ruhr-Kreises im Dezember die 3. Fortschreibung des Nahverkehrsplans beschlossen hat, hält die Buslinie 555 wieder an der Haltestelle Herdecke Mitte. Das obige Schild muss noch ergänzt werden.

Der Antrag zur Änderung der Linienführung ging auf die beiden Herdecker SPD-Kreistagsmitglieder Karin Striepen und Jan Schaberick zurück.

„Wir haben uns schon lange für die Anbindung der 555 oder der 553 an diese Haltestelle eingesetzt“, so der Herdecker Verkehrsausschussvorsitzende Jan Schaberick, „da dieser Wunsch von vielen Herdeckerinnen und Herdeckern an uns herangetragen wurde.“ „Durch die Änderung können wir sicherstellen, dass unnötiges Umsteigen oder lange Wege von der Hengsteysee-Straße zur Herdecker Fußgängerzone wieder entbehrlich sind“, konstatiert die Kreistagsabgeordnete Karin Striepen. Sie sieht dies vor allem als Vorteil für all diejenigen, die in der Innenstadt den Wochenmarkt, einen Arzt oder die dortigen kleinen Geschäfte besuchen.

Durch die getrennte Linienführung der 555 und 553 ist darüber hinaus eine Anbindung des Quartiers Ruhraue gewährleistet. Der auf einen SPD-Antrag zurückgehende Beschluss berücksichtigt damit bestens alle unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse der diese Linie nutzenden Personen.

Quo vadis Herdecker Fußgängerzone?

Während es im Quartier Ruhraue weiterhin kräftig boomt und brummt, man im Zuge der sich ausbreitenden Bebauung kaum noch den Viadukt sehen kann und der Kampsträter Platz im vergangenen Jahr fertiggestellt wurde, bleibt die obere Fußgängerzone aus Sicht der Herdecker SPD ein Sorgenkind.

Angesichts der Leerstände im oberen Bereich – leider kann man hier schon fast von einem Dauerzustand sprechen – stellt sich die Frage, ob es von Seiten der Stadtverwaltung irgendwelche auf die Zukunft ausgerichtete Konzeptionen gibt. Mehr als ein halbes Jahr lang geschah überhaupt nichts mehr, zahlreiche Bäume sind verschwunden, die Ausschreibung zwecks Ertüchtigung der (oberen) Fußgängerzone verlief ergebnislos und musste wiederholt werden.

Seit Jahren schon fordert die SPD die Errichtung von Parkplätzen im Bereich der Adler Apotheke und wird leider stets von der Verwaltung abgeblockt. Vorstellungen einer zumindest teilweisen Öffnung der oberen Fußgängerzone werden erst gar nicht weiterverfolgt. Eine weitere Forderung der SPD war und ist die kreative Gestaltung der Schaufenster der Geschäfte mit Leerstand. Von einer Umsetzung seitens der Verwaltung so gut wie keine Spur.

Und jährlich grüßt das Murmeltier...

Als SPD-Kommunalpolitiker im Schulausschuss der Stadt Herdecke fühlt man sich seit geraumer Zeit wie Schauspieler Bill Murray im Erfolgsfilm „Und täglich grüßt das Murmeltier.“ Nachdem die Jamaika-Koalition im Jahr 2010 unausgegeborene Pläne zum Umbau der Schullandschaft und zur offenen Kinder- und Jugendarbeit im bevölkerungsreichsten Stadtteil Ende beschlossen hat, müssen auch noch sieben Jahre danach angehende Grundschul Kinder unter den Folgen leiden.

So kann die Hugo-Knauer-Grundschule Jahr für Jahr aufgrund baulicher Beschränkungen nur jeweils eine Klasse neu aufnehmen. Viel zu wenig, um allen interessierten Familien gerecht zu werden. Aus diesem Grund setzen wir Sozialdemokraten uns jeden Herbst dafür ein, im folgenden Sommer zwei Eingangsklassen bilden zu können, damit fünf- bis sechsjährige Kinder nicht mit Bussen quer durchs Stadtgebiet fahren müssen, sondern fußläufig eine Grundschule erreichen können. Auch wenn die Jamaika-Koalition inzwischen nicht mehr offiziell zusammenarbeitet, zeigen sich die Nachwehen dieser unheilvollen Allianz auch weiterhin. Denn unsere Forderung nach einer

Schon vor Jahren wiesen externe Gutachter auf das Potenzial des Platzes am Frederuna-Brunnen hin, hier könne ein Ort mit hoher Aufenthaltsqualität entstehen. Umsetzung? Fehlanzeige!

Die SPD sah und sieht sich nach wie vor als „Kümmerer“ für die Herdecker Altstadt und kann dabei auch erfolgreich verbuchen, dass die Buslinie 555 wieder die Innenstadt anfährt.

Was den Wochenmarkt angeht, so lässt sich ebenfalls Erfreuliches melden: Am 15. Mai begann – zunächst als Testphase – die Einrichtung eines Samstagsmarktes. Die Initiative hierzu erfolgte durch einen Antrag der SPD im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Tourismus. Hier hatte die SPD die Verwaltung aufgefordert, „konzeptionelle Überlegungen für die zukünftige Marktaufstellung“ anzustellen.

So ist aus unserer ursprünglichen Idee eines Feierabendmarktes nun ein



Samstagsmarkt geworden, der hoffentlich ein Erfolgsmodell wird und zur Stärkung und Belebung der oberen Fußgängerzone beitragen wird.

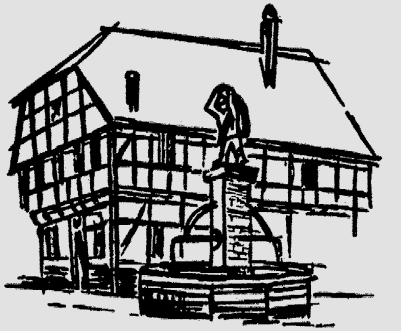
Impressum

Hrsg.: SPD-Stadtverband Herdecke
Hauptstraße 44
58313 Herdecke
V. i. S. d. P.: Uli Schwellenberg
Auflage: 12.500
www.spd-herdecke.de

im Dorf nach Herdecke verlagerte, macht man es sich jetzt erschreckend leicht und verweist lediglich auf die leere Haushaltskasse der Stadt. Das wäre ungefähr so, wie wenn ein Abrissunternehmen ein Haus blindwütig zerstört, um hinterher den betroffenen Nachbarn zu sagen: „Wenn ihr uns sagt, wo es Geld gibt, würden wir es ja wieder aufbauen.“

Die SPD Herdecke wird nicht aufgeben und auch in Zukunft für eine Verbesserung der Situation für alle angehenden Grundschülerinnen und Grundschüler in Ende kämpfen. Denn auch aufgrund des Zuzugs geflüchteter Familien mit kleinen Kindern wird sich die Problematik eher weiter verschärfen.

Herdecke extra



42. Jahrgang – April 2017

Informationen des SPD-Stadtverbands



SPD für mehr öffentlich geförderte Wohnungen in Ende

Das Gelände der ehemaligen Grundschule im Dorf soll mit Hilfe des Landes NRW entwickelt und bebaut werden. Die Stadt Herdecke bewirbt sich für das Landesprojekt „Soziale Baulandentwicklung“, bei dem NRW Urban, eine landeseigene Entwicklungsgesellschaft der Stadt als temporärer Partner zur Seite steht.

Zwar bleibt die Planungshoheit bei der Stadt Herdecke, sodass die politischen Gremien nach wie vor das Sagen über die Entwicklung und die Bebauung haben, doch können durch die Unterstützung von NRW Urban bei der Grundstücksentwicklung, Finanzierung und Vermarktung viele Vorteile genutzt werden, die bei einer Direktvermarktung durch die Stadt Herdecke nicht möglich wären. Weil NRW Urban nicht auf eine Gewinnerzielung ausgerichtet ist, sondern kostenneutral arbeitet, können die Verkaufspreise niedrig gehalten werden, da es zu keinen Investorenaufschlägen kommen wird. So wird der Erwerb von Häusern und Wohnungen auch für Durchschnittsverdiener attraktiv und finanzierbar werden.

Das Landesprojekt sieht als Voraussetzung mindestens eine Quote von

30 % für öffentlich geförderte Wohnungen vor. Mit dieser Quote, die die Stadtverwaltung Herdecke in der Beschlussvorlage zum Projekt im Bauausschuss vorschlug, zeigt sich die SPD Herdecke jedoch nicht einverstanden. „Wir sollten uns nicht mit dem Minimum zufrieden geben, sondern eine 50:50-Lösung anstreben,“ machte Fraktionsvorsitzende Dr. Nadja Bütelführ im Vorfeld deutlich.

Der Vorsitzende des Bauausschusses Jan Schaberick ergänzte, „dass in den vergangenen Jahren der soziale Wohnungsbau in Herdecke sträflich vernachlässigt wurde, wobei ein steigender Bedarf nicht von der Hand zu weisen ist.“ Die SPD Herdecke hofft nun auf eine baldige Realisierung des Projektes, um möglichst schnell attraktiven und finanzierbaren Wohnraum in Ende zu schaffen.

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

im Herdecker Rat stellt die SPD die stärkste Fraktion. In der politischen Alltagsarbeit tragen die Beschlüsse also deutlich eine sozialdemokratische Handschrift, wovon Sie sich u. a. in diesem Herdecke extra überzeugen können.

Am 14. Mai sind Landtagswahlen in NRW. Die SPD-Stadtverbände Witten und Herdecke haben im letzten Jahr bereits unsere Fraktionsvorsitzende Dr. Nadja Bütelführ als Kandidatin für den gemeinsamen Wahlkreis 106 nominiert. Weitere Informationen über unsere Kandidatin werden Sie in den nächsten Tagen auch in Form einer Broschüre in Ihrem Briefkasten finden.

Sie, liebe Herdecker Bürgerinnen und Bürger, entscheiden mit über die Zukunft unseres Landes NRW.

Und Sie entscheiden auch darüber, ob erstmalig eine Politikerin aus Herdecke im Landtag NRW vertreten sein wird und das Land weiterhin sozial, gerecht und solidarisch geführt wird.

Geben Sie deshalb Ihre erste Stimme **Dr. Nadja Bütelführ (SPD)** und die zweite Stimme **Hannelore Kraft und der NRWSPD!**

Stützen Sie die Demokratie! Gehen Sie am 14. Mai zur Wahl!

Mit freundlichen Grüßen und einem herzlichen Glück auf

Prof. Dr. Ulrich Schwellenberg
Vorsitzender der SPD Herdecke

Landtagswahl am 14. Mai – Ein Gespräch mit Nadja Büteführ: „Mehr Gerechtigkeit hilft gegen dumpfe Parolen“

Durchstarten nach Düsseldorf – das ist nach langen Jahren in der Kommunalpolitik das Ziel von Dr. Nadja Büteführ. Seit 2009 steht sie an der Spitze der Herdecker SPD-Fraktion und setzt nun am 14. Mai zum Sprung in die Landespolitik an. Herdecke extra sprach mit der Kandidatin für Witten und Herdecke über die Ziele der NRWSPD und über das, was sie ganz persönlich in der Politik bewegen möchte.

Was treibt Sie in die Landespolitik – ist es eher die Lust oder der Frust?

Beides spielt eine Rolle. Mit mir haben Sie 27 Jahre personifiziertes Engagement in der Kommunalpolitik vor Augen. Sie waren angefüllt mit Attacke und Diplomatie, mit Wut und Freude, mit Erfolgen und leider auch Niederlagen. Ich kenne Höhen und Niederungen der kommunalen Realität und weiß, wo es ‚stinkt und kracht‘. Darum weiß ich aber auch, wo wir anpacken müssen – wie das Land seine Kommunen weiter stärken kann. So ist die Lust am Gestalten auf der anderen politischen Ebene gewachsen.

Beschreiben Sie bitte einmal den Kern Ihres politischen Selbstverständnisses. Welche zentralen Begriffe würden Sie da nennen?

Ganz klar: Sozial, gerecht und solidarisch. So muss für mich die Politik der SPD gestrickt sein. Und das ist auch der Kurs, den die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft in NRW verfolgt. Die drei genannten Adjektive stehen für Basis-Werte der SPD. Sie müssen unser Leben wieder viel stärker prägen. Nur so kann die Demokratie sich gegen Angstmacher behaupten. Mehr Gerechtigkeit hilft gegen dumpfe Parolen. Und gegen soziale Abstiegsängste.

Offenbar stößt dieser Gedanke auf Sympathie: Die SPD erlebt eine Eintrittswelle. Ist die Landtagswahl durch den „Schulz-Effekt“ schon zu einem Selbstläufer geworden?

Nein, auf so etwas kann man nie vertrauen. Stimmungen können schnell kippen. Und wer im Vertrauen auf einen Sieg der SPD nicht wählen geht, der könnte nachher bitter enttäuscht sein. Wir brauchen jede Stimme, um



im Landtag eine Mehrheit zu erreichen, mit der wir unsere Ziele durchsetzen können.

Was genau verstehen Sie denn unter Gerechtigkeit?

Sie hat viele Facetten – von der Bildung bis zur Steuergerechtigkeit. Greifen wir einmal die Bildung heraus: Sie schafft ein Stück Gerechtigkeit, wenn alle Kinder die gleichen Startchancen haben – egal aus welcher Familie sie stammen. Darum ist es wichtig, schon die ganz Kleinen über die Kitas zu erreichen. Nicht nur um sie gut zu betreuen, sondern um sie dort zu fördern. Die Landesregierung hat darum bereits die Anzahl der Plätze für unter dreijährige Kinder verdoppelt, den Rechtsanspruch eingelöst und das dritte Kindergartenjahr kostenfrei gemacht. Doch wir wollen noch mehr: Die Kita-Finanzierung soll neu aufgestellt werden. Außerdem wollen wir in diesem Bereich – genau wie in der offenen Ganztagsgrundschule – noch mehr in Qualität investieren. Kitas sollen künftig flexiblere Öffnungszeiten haben, so wie die Eltern sie brauchen. Und ganz wichtig: 30 Betreuungsstunden pro Woche sollen gebührenfrei sein. Das gibt es nur mit der SPD.

Zum Bereich der Bildung gehört natürlich auch die Schule. Wie ist Ihre Haltung zum Abitur nach acht (G8) oder neun Jahren (G9)?

Ich finde es gut, dass die NRWSPD auch wieder ein Abitur nach neun Jahren ermöglichen möchte. Das befreit viele Schüler von einem enormen Lerndruck und macht zum Beispiel den Wechsel von der Realschule zum Gymnasium wieder leichter. Allerdings könnte das gleichzeitige Angebot von G8 und G9 auch so etwas wie eine Zwei-Klassen-Gesellschaft schaffen. Mein ganz persönliches Ziel wäre eine Rückkehr zu G 9, auch, weil das dem Wunsch der meisten Eltern entspricht.

Nach dem Abitur folgt für viele das Studium. CDU und FDP wollen wieder Studiengebühren einführen. Wie steht die SPD dazu?

Da wir es waren, die die Studiengebühren in NRW abgeschafft haben, wollen wir sie natürlich auch nicht wiederhaben. Auch das ist eine Frage der Gerechtigkeit und der Chancengleichheit. Was übrigens nicht nur für Akademiker, sondern auch für das Handwerk gilt: Wir wollen die Gebühren für die Meisterfortbildung abschaffen.

Geld ist auch ein sehr wichtiges Thema in den Kommunen – einfach, weil es fehlt.

Daran zu arbeiten, ist für mich persönlich ein sehr wichtiges Ziel. Zu dem Thema bringe ich leidvolle Erfahrungen aus Herdecke und Witten mit, und ich möchte mich im Landtag dafür einsetzen, unsere Kommunen wieder stark zu machen. Ein Altschuldenfonds könnte die Städte in die Lage versetzen, ihren Aufgaben wieder besser gerecht zu werden. Das zu erreichen, ist sehr wichtig. Denn Zufriedenheit ist der Kitt für die Gesellschaft. Nur wenn es sozial zugeht, gibt es einen Zusammenhalt und die vielfältigen Bevölkerungsgruppen können respektvoll und solidarisch miteinander umgehen.

Sehen Sie konkrete Perspektiven dafür, dass sich die Lebenssituation in den Städten verbessert?

Da verweise ich auf das bereits gestartete Programm „Gute Schule 2020“, mit dem das Land zwei Milliarden Euro in die maroden Schulgebäude investiert. Oder auf den Etat für den Sozialen Wohnungsbau, den NRW auf 1,1 Mrd. Euro aufgestockt hat. Die Stadtentwicklungspolitik der SPD setzt zudem mit ihren Förderprogrammen unmittelbar am Wohnumfeld der Menschen an. Sie ist also ganz nah bei ihnen und hat das Ziel, Quartiere zu schaffen, in denen sich die Bewohner wohlfühlen.

Ein gutes Leben ist für die meisten nur mit Arbeit zu finanzieren. Doch gerade in diesem Bereich hat die SPD durch



die Agenda 2010 bei den Arbeitslosen an Glaubwürdigkeit verloren.

Richtig, Teile der Agenda 2010 müssen korrigiert werden. Das hat unser Kanzlerkandidat sich schon vorgenommen. Die Politik ist eben ein lernendes System. Fakt ist: In NRW gibt es aktuell rund 730.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitskräfte mehr als 2010. Noch in diesem Jahr soll der soziale Arbeitsmarkt um 4.000 Stellen aufgestockt werden, was weiteren Langzeitarbeitslosen eine Beschäftigung bringt. Wenn Herr Schäuble in Berlin nicht so auf seiner schwarzen Null hocken würde, könnten wir noch viel mehr Menschen Beschäftigungsperspektiven eröffnen.

Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die „Gute Arbeit“ sind für mich persönlich wichtige Stichworte. Beim Mindestlohn und bei der Regulierung von Leih- und Zeitarbeit zum Beispiel sind wir durch den Einsatz der Sozialdemokraten in der Bundesregierung vorangekommen.



Ihre Landtagskandidatin im Kurzporträt

Nadja Büteführ (geb. am 17. Juni 1966 in Hagen) machte 1985 ihr Abitur am Herdecker Friedrich-Harkort-Gymnasium und studierte Publizistik sowie Politik und Germanistik in Münster. Bereits 1989 trat sie in die SPD ein. Sie promovierte 1994, und es schlossen sich drei Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin in Münster mit Einsätzen an der Lomonossow-Universität Moskau an. Dann lehrte die Kommunikationswissenschaftlerin in Düsseldorf, bevor sie sich 1998 in Herdecke mit Beratung, PR und Werbung selbständig machte.

Seit 1999 ist sie für die SPD im Herdecker Rat aktiv und steht seit 2009 an der Spitze der Fraktion. Nadja Büteführ ist verheiratet. In ihrer Freizeit fährt sie gerne Ski und fotografiert. Mit ihrem Mann reist sie – wann immer es geht – in die weite Welt, z. B. nach Australien, in die USA und nach Kanada. Außerdem kocht sie gerne, hier aber am liebsten Hausmannskost wie „Omas Sauerbraten“ und Rouladen oder auch italienische Gerichte.

Doch die Ziele der SPD sind noch nicht erreicht.

Eine Grundvoraussetzung für die Umsetzung dieser Ziele ist eine starke Wirtschaft. Sehen Sie NRW dafür gut gerüstet?

Immerhin ist NRW das Land mit der höchsten Wirtschaftsleistung in Deutschland. Jeder fünfte Euro des deutschen Bruttoinlandproduktes wird in rund 750.000 NRW-Unternehmen erwirtschaftet, und jeder vierte deutsche Weltmarktführer ist bei uns zu Hause. Wir sind gut aufgestellt und müssen natürlich am Ball bleiben. Hannelore Kraft möchte zum Beispiel beim Internet-Angebot bis 2018 eine Geschwindigkeit von mindestens 50 Megabit flächendeckend erreichen und bis 2026 ein Gigabit-Glasfasernetz aufbauen. Das ist eine wichtige Bedingung für eine florierende Wirtschaft mit sicheren Arbeitsplätzen – und damit für eine gute und gerechte Politik, die ich mitgestalten möchte.

Herdeckes Pflanzflächen in bedauernswertem Zustand

Politik wird von den Menschen insbesondere in der eigenen Stadt wahrgenommen, erst danach folgen Landes- und Bundespolitik. Daher bewerten sie das Funktionieren des Gemeinwesens vorrangig nach dem, was in der eigenen Stadt offensichtlich wird.

Und das ist insbesondere der Zustand der öffentlichen Gebäude, vor allem der Schulen, sowie der Zustand der Straßen. Aber auch das äußere Erscheinungsbild der Stadt, die Sauberkeit der Straßen und Grünanlagen beschäftigen die Bürger.

Unkraut, das die eigentliche Bepflanzung überwuchert, Radwege, die von Brombeeren nahezu unbefahrbar gemacht werden, Schulgelände, die zugewachsen und völlig uneinsehbar sind, dies sind nur einige der Kritikpunkte, die in der Presse und in persönlichen Gesprächen geäußert werden. Die Kritik am Pflegezustand des Straßenbegleitgrüns wird von der SPD Herdecke seit Jahren geteilt.

Ähnlich sieht es die Gemeindeprüfungsanstalt, die in ihrem Bericht bemängelt, dass die Stadt Herdecke keine Pflegestandards schriftlich fixiert hat und auch keine Pflegepläne erstellt hat. Nur so ist auch erklärbar, dass man jahrelang zugesehen hat, wie die Rosen im Kreisverkehr am Westender Weg von Unkraut überwuchert wurden.



Letztendlich wusste man sich keinen anderen Ausweg, als die Rosen durch vermeintlich pflegeleichte Taglilien zu ersetzen. Ein trauriger Anblick – nicht nur im Winter, sondern auch in der blütenlosen Vegetationsperiode!

Angesichts der Überschüsse, die die Technischen Betriebe erwirtschaften, fragen sich die BürgerInnen zu Recht, ob mehr Pflege wirklich unbezahlbar ist. Auch würden viele Anlieger gern bei der Pflege helfen, wenn sie nur entsprechend angesprochen würden.

Leider wurden Vorschläge der SPD-Fraktion, Paten für Pflanzinseln anzuwerben, von der Verwaltung eher halbherzig unterstützt.

Eine Kommune, die sich steigender Übernachtungszahlen erfreut und z. B. durch eine Bewerbung um IGA und Regionale weitere Besucherströme in die Stadt locken will, sollte sich bei ihrem Erscheinungsbild nicht auf eine Vorzeigepromenade an der Ruhr beschränken.

KLARE HALTUNG: SOZIAL | GERECHT | SOLIDARISCH

DR. NADJA BÜTEFÜHR

FÜR DIE LANDTAGSWAHL AM 14. MAI

#NRWIR